

**NIEDERSCHRIFT
ZUR SITZUNG DES
AUSSCHUSSES FÜR
SOZIALES, BILDUNG UND
KULTUR**

Sitzungs-Nr./Gremium/Wahlperiode: 01. SBK 2009-2014 Sitzungsdatum: 05.03.2013 Niederschrift
--

Übach-Palenberg, den 05.03.2013

Unter dem Vorsitz von Hans-Georg Overländer versammelte sich heute um 17:00 Uhr im großen Sitzungssaal des Rathauses der

Ausschuss für Soziales, Bildung und Kultur

um über folgende Tagesordnung zu beraten:

T a g e s o r d n u n g

A) Öffentliche Sitzung

1. Bestellung einer Schriftführerin und einer stellv. Schriftführerin
2. Errichtung einer Zaunanlage an der GGS Palenberg
3. Projekt Gangway des Diakonischen Werkes des Kirchenkreises Jülich: Tätigkeitsbericht
4. Erweiterungen zur Tagesordnung
5. Bericht und Mitteilungen der Verwaltung

B) Nichtöffentliche Sitzung

6. Beschluss über den Preisträger des Kunst- und Kulturpreises der Stadt Übach-Palenberg für das Jahr 2013
7. Bericht und Mitteilungen der Verwaltung
8. Erweiterungen zur Tagesordnung

Es waren anwesend:

Stadtverordnete

Frau Bärbel Bartel	SPD
Herr Franz Bergstein	UWG
Frau Karin Fürkötter	SPD
Herr Heinz König	CDU
Frau Norma Kuhlmei	SPD

Herr Hans-Georg Overländer	SPD
Frau Eva Maria Piez	SPD
Herr Winand Ruland	CDU
Frau Corinna Weinhold	UWG

Sachkundige Bürgerinnen und Bürger

Herr Bernhard Brade	CDU	
Herr Paul Josef Gerschel	SPD	als Vertreter für Sven Bildhauer
Herr Hans-Jürgen Mallmann	FDP	
Frau Marion Wissing	B90/Die Grünen	
Herr Artur Wörthmann	CDU	

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner

Frau Melanie Schaffrath	als Vertreterin für Josef Krawanja
-------------------------	------------------------------------

Mitglieder mit beratender Stimme

Herr Schulleiter Manfred Ehlig
Frau Schulleiterin Martina Eichler
Herr Realschulrektor Hans Heinrichs
Herr Karl-Heinz Larsson
Frau Schulleiterin Irmgard Pollex

Verwaltungsbedienstete

Herr Bürgermeister Wolfgang Jungnitsch
Herr Erster Stadtbeigeordneter Helmut Mainz
Herr Stadtamtsrat Dieter Gudehus
Herr Verwaltungsangestellter Thomas de Jong
Herr Verwaltungsangestellter Thomas Lohren

Gäste

Herr Hendrik Appelrath	SPD	
Herr Gerrit Kozian	B90/Die Grünen	
Herr Alexander Mahr	UWG	
Herr Günter Weinen	CDU	
Frau Kramer		Diakonie Kirchenkreis Jülich

Schriftführer

Frau Stadtinspektorin Jutta Gündling

Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßte **Ausschussvorsitzender Overländer** alle anwesenden Ausschussmitglieder sowie Verwaltungsbedienstete. Desweiteren hieß er Frau Kramer von der Diakonie Kirchenkreis Jülich und die Vertreterin der Presse willkommen.

Da es die erste Sitzung des neugegründeten Ausschuss für Soziales, Bildung und Kultur war, sagte er, dass er auf eine harmonische und konstruktive Zusammenarbeit hoffe, in der es auch kritische Diskussionen geben sollte.

Anschließend rief er zu einer Gedenkminute anlässlich des Todes von Pater Boja auf, der als Vertreter der katholischen Kirche langjähriges Mitglied im Ausschuss gewesen ist. Alle Anwesenden erhoben sich dafür.

Nach der Gedenkminute stellte der Ausschussvorsitzende fest, dass die Einladung zur Sitzung fristgerecht zugestellt wurde und der Ausschuss beschlussfähig ist.

Änderungen zur Tagesordnung wurden nicht gewünscht.

Stadtverordnete Bartel gab bekannt, dass die SPD Fraktion am Ende der öffentlichen Sitzung eine Anfrage an die Verwaltung habe.

Stadtverordnete Weinhold sagte, dass auch die UWG-Fraktion eine Anfrage an die Verwaltung am Ende des öffentlichen Teils der Sitzung habe.

Noch vor Einstieg in die Tagesordnung nahm **Ausschussvorsitzender Overländer** die Einführung und Verpflichtung folgender sachkundiger Bürger und sachkundiger Einwohnerin vor:

- Alexander Mahr
- Paul Josef Gerschel
- Hendrik Appelrath
- Gerrit Kozian und
- Melanie Schaffrath

Die oben genannten erhoben sich von Ihren Plätzen, als der Ausschussvorsitzende folgende Verpflichtungsformel verlas:

„Ich verpflichte mich, dass ich meine Aufgaben nach bestem Wissen und Können wahrnehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes und die Gesetze beachten und meine Pflichten zum Wohle der Stadt erfüllen werde.“

Die Niederschriften zur Verpflichtung wurden von den sachkundigen Bürgern und der sachkundigen Einwohnerin unterzeichnet und von dem Ausschussvorsitzenden geschlossen.

A) Öffentliche Sitzung

1 **Bestellung einer Schriftführerin und einer stellv. Schriftführerin**

Beschluss:

Stadtinspektorin Jutta Gündling wird Schriftführerin für den Ausschuss für Soziales, Bildung und Kultur. Ihre Vertreterin wird Stadtamtfrau Kerstin Schade.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig.

2 Errichtung einer Zaunanlage an der GGS Palenberg

Ausschussvorsitzender Overländer eröffnete den 2. Tagesordnungspunkt und wies einleitend auf die vorab erschienene Berichterstattung in der lokalen Presse hin und gab das Wort an Frau Eichler weiter.

Schulleiterin Eichler erklärte die Beweggründe der Schule zur Stellung des Antrages auf Einzäunung. Die unsachgemäße Benutzung des Schulhofes habe sich vermehrt und damit seien leider auch Vorkommnisse wie Verunreinigungen, Schmierereien an den Wänden und Vandalismus verbunden (**siehe auch Antrag der Schule, Anlage zur Sitzungsvorlage**). Von Müll wie Scherben und auch Spritzen, die im Herbst teilweise noch von Laub verdeckt seien, gehe eine Gefahr für die Kinder aus und die Eltern seien zunehmend in Sorge und Angst um ihre Kinder. Besonders stark seien die Vorkommnisse am Wochenende. Der Hausmeister mache regelmäßig Kontrollgänge, die nicht mehr wegzudenken seien. Als weiteres Beispiel führte Schulleiterin Eichler den Tag der offenen Tür der GGS Palenberg auf, der an einem Samstag stattgefunden hat. Der Schulhof sei so verunreinigt gewesen, dass die Lehrer vor Eintreffen der Eltern aufräumen mussten. So ein Schulhof sei nicht vorzeigbar, sondern ein schlechtes Aushängeschild. Die Lehrer seien nicht mehr bereit, diese Situation weiter mitzumachen. Die GGS Palenberg sei die vorletzte Schule ohne Zaun im Stadtgebiet. Mithilfe eines Zaunes könnte man die Schulhöfe nach dem OGS-Betrieb um 16.00 Uhr verschließen und somit sichern.

Erster Stadtbeigeordneter Mainz wies darauf hin, dass die Thematik schon vor zwei Jahren im Ausschuss für Schulen, Kirchen, Vereine und Integration behandelt worden sei. Dort wurde beschlossen, dass die Situation an der GGS Palenberg weiterhin beobachtet werden soll. Ihm lägen jedoch keinerlei neue Meldungen über Vorfälle an der GGS Palenberg vor. Das Ordnungsamt und die Polizei würden die GGS Palenberg regelmäßig anfahren und kontrollieren. Er erklärte weiterhin, dass eine Einzäunung die Problematik nicht lösen würde. Desweiteren sei die rechtliche Umsetzung einer Zaunanlage auch problematisch, da Fluchtwege in Gefahrensituationen sowie Rettungswege freigehalten werden müssten und es zudem noch das Wegerecht der Anwohner gebe. Ein ausschlaggebender Punkt zur Ablehnung der Zaunanlage sei jedoch auch, dass der Haushalt 2013 keine Mittel für eine Zaunanlage bereitstelle und somit die Umsetzung gar nicht machbar sei. Daher müsse man zukünftig die Situation an der GGS Palenberg weiter beobachten und die Maßnahme nochmals in den Haushaltsberatungen 2014 erörtern.

Stadtverordnete Weinhold fragte, was mit den im Protokoll vom 11.01.2011 genannten notwendigen brandschutztechnischen Vorkehrungen sei, die der Errichtung einer Zaunanlage entgegenstünden hätten.

Erster Stadtbeigeordneter Mainz antwortete, dass es diese immer noch gebe, ihm lägen keine neuen Erkenntnisse vor.

Schulleiterin Eichler merkte an, dass es keine Tore geben würde, die nicht geöffnet werden könnten. Sie sehe kein Problem im schnellen Öffnen im Notfall.

Sachkundige Einwohnerin Schaffrath berichtete, dass ihre Kinder auch die GGS Palenberg besuchen würden. Nach dem Kaiser-Karl-Fest seien beispiels-

weise auch die Klettergerüste zerstört gewesen. Die Lehrer hätten eine Spendensammlung organisiert um die Reparaturen zu finanzieren. Mit einem Zaun wäre es vielleicht nicht zu Beschädigungen gekommen.

Ausschussvorsitzender Overländer wies darauf hin, dass das Kaiser-Karl-Fest eine Ausnahmesituation sei, da dort um die 1000 Besucher in den Stadtteil Palenberg kämen. Bei diesem Fest sei jedoch auch das Ordnungsamt vermehrt im Einsatz und viele Anwohner würden den Schulhof passieren. Er merkte an, dass es eine schwierige Diskussion sei.

Stadtverordnete Bartel stellte fest, dass für das Jahr 2013 keine Haushaltsmittel zur Verfügung ständen und man aufgrund der Haushaltssituation für das Jahr 2014 auch nur bedingt Hoffnungen haben könnte. Aufgrund dieser Fakten entspreche die SPD-Fraktion der Beschlussempfehlung der Verwaltung.

Stadtverordneter Ruland sagte, dass er vollstes Verständnis für das Anliegen der Schule habe, die CDU-Fraktion jedoch auch aufgrund der Haushaltslage der Beschlussempfehlung der Verwaltung zustimmen werde.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, gab der Ausschussvorsitzende den Tagesordnungspunkt zur Abstimmung frei.

Beschluss:

Dem Antrag der GGS Palenberg auf Einzäunung des Schulgeländes kann im lfd. Haushaltsjahr 2013 nicht entsprochen werden.

Die Maßnahme wird nochmals in den Haushaltsberatungen 2014 erörtert.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig.

3 Projekt Gangway des Diakonischen Werkes des Kirchenkreises Jülich: Tätigkeitsbericht

Ausschussvorsitzender Overländer begrüßte zum 3. Tagesordnungspunkt Frau Kramer von der Diakonie Kirchenkreis Jülich. Frau Kramer sei früher schon oft zu Gast im Schulausschuss gewesen um über das Projekt Gangway zu berichten. Er selber habe das Projekt Gangway beim Brückentag noch etwas besser kennengelernt.

Frau Kramer, sozialpädagogische Fachkraft, bedankte sich einleitend bei der Stadt Übach-Palenberg für die Unterstützung des Projekts Gangway. Trotz der schlechten Haushaltssituation sei man ihr immer wohlwollend gegenüber getreten.

Anschließend stelle sie das Projekt Gangway, ihre Tätigkeiten und den Verlauf der Integrationslotsenschulung vor. Das Handout zu ihrem Bericht ist der Niederschrift als **Anlage 1** beigelegt. **Anlage 2** ist ein Flyer des Projekts Gangway. Als Erfolgserlebnis beschrieb Frau Kramer die gelungene Integration und Begegnung

der Teilnehmer untereinander, die beispielsweise statt der Unterschiede mittlerweile lieber die Gemeinsamkeiten der unterschiedlichen Nationen bei Gesprächen thematisieren.

Desweiteren berichtete sie über eine gute Neuigkeit für die Städte Übach-Palenberg und Geilenkirchen, deren Haushaltssituation nicht die Beste sei. Zum 31.10.2013 laufe das Projekt Gangway leider aus. Die Diakonie habe jedoch beim Land NRW eine Halbtagsstelle für das Projekt beantragt, die auch schon genehmigt wurde. Die Halbtagsstelle werde zu 70 % vom Land NRW finanziert und zu 30 % von der Diakonie. Frau Kramer sei sehr optimistisch eingestellt und gehe davon aus, dass das Projekt Gangway weiterlaufen werde. Einige Gruppen würden sich schon selber organisieren, dies seien Selbstläufer. Die Integrationslotsen bräuchten jedoch noch Unterstützung sowie auch das Café Vielfalt. Im optimalsten Fall könnten mit Hilfe der Halbtagskraft die beiden Säulen des Projekts fortgeführt werden. In Übach-Palenberg müsste jedoch noch ein Raum für die Integrationslotsen gefunden werden. Diese benötigen einen geeigneten Raum mit Internet für Recherchen und separate Räume für Beratungsgespräche. In Geilenkirchen würden dafür Räume einer Grundschule genutzt werden, in Übach-Palenberg werde derzeit, der Geschäftsraum auf der Aachener Straße genutzt, nachdem man nicht mehr die Räume der evangelischen Kirche nutzen konnte.

Ausschussvorsitzender Overländer sagte, dass der Brückentag im Büro in der Aachenerer Straße sehr gut besucht war. Die überbrachten Neuigkeiten seien sehr erfreulich.

Sachkundiger Bürger Weinen fragte, ob das Projekt ausschließlich für Frauen sei oder ob zukünftig auch Ansätze für Männer angedacht seien. Er fragte, welche Erfahrung Frau Kramer mit der Akquise der Lotsen gemacht habe und berichtete, dass er die Erfahrung gemacht habe, dass es nicht schwierig sei Interessenten für die Lotsenschulungen zu finden, sondern dass die Lotsen mit den Migranten in Kontakt kommen.

Frau Kramer antwortete, dass das Prüfungsamt die Situation sehr ähnlich geschildert hätte. Sie sei jedoch so vorgegangen, dass sie erst selber Kontakte mit den verschiedenen Leuten und Migranten geknüpft hätte und später erst die Lotsen ins Spiel gebracht hätte. Daher sei die Arbeit der Integrationslotsen erfolgreich. Desweiteren erklärte Frau Kramer, dass sie Kontakt zu circa 200 Frauen und auch zu Männern habe. Das Projekt sei jedoch mehr aus Frauen ausgerichtet, da diese, im Gegensatz zu ihren Männern, eher in Isolation leben würden. Die Männer seien meistens in Arbeit und würden dort soziale Kontakte knüpfen.

Stadtverordnete Weinhold fragte, wie genau die Finanzierung des Projekts ab Oktober 2013 aussehe und was Frau Kramer mit Niederschwelligen Angeboten meine.

Erster Stadtbeigeordneter Mainz sagte, dass die 4.500 €, die die Stadt dem Projekt zur Verfügung stellen müsste, nicht die einzige Komponente sei. Das Projekt Gangway werde vom Bund und in diesem Fall von den Kommunen Geilenkirchen und Übach-Palenberg finanziert. Ohne die Zusage der anderen beiden Beteiligten käme man nicht sehr weit. Die Antwort des Bundes und der Stadt

Geilenkirchen ständen noch aus. Die Stadt Übach-Palenberg werde auch eine Anfrage zur weiteren Finanzierung an den Staatssekretär Rachel weiterleiten. Einer alleine könne in diesem Fall leider nicht viel reißen.

Frau Kramer erklärte, dass die Hemmschwelle der Migranten sehr hoch sei. Durch Mund-zu-Mund Propaganda und persönliche Empfehlungen, die auf Erfahrungen basieren, erreiche man die Migranten am Besten und die Hemmschwelle würde sinken.

Bürgermeister Jungnitsch dankte Frau Kramer für ihre Arbeit in Übach-Palenberg. Er sei sehr vom Projekt Gangway sehr angetan und es übernehme eine sehr wichtige Aufgabe in Übach-Palenberg. Man könne das Geschaffene und die getane Arbeit nicht hoch genug ansiedeln. Er selber habe schon Kontakt zu Thomas Rachel aufgenommen. Aufgrund der Finanzsituation der Stadt, müsse man eine gute Lösung finden. Er freue sich sehr über die gute Nachricht von Frau Kramer.

Stadtverordnete Bartel verkündete, dass Bürgermeister Jungnitsch schon fast die Schlussworte gesprochen hätte, er ihr aber aus dem Herzen gesprochen hätte. Die Nachhaltigkeit des Projekts sei sehr wichtig. Es sei ihr großer Wunsch, dass dies erreicht werde. Desweiteren wies sie darauf hin, dass Integration auch eine kommunale Aufgabe sei und alle davon profitieren würden. Anschließend fragte sie, wie viele Lotsen sich schon qualifiziert hätten.

Frau Kramer antwortete, dass es 10 Integrationslotsen gebe. 6 davon seien intensiv in Aktivitäten mit eingebunden, zum Beispiel in der Zukunftswerkstatt, im Gangway Büro oder auch in der Moschee. 4 Lotsen würden ihre Arbeit in Schulen vorstellen und für das Projekt werben. Alle 5 Wochen fände ein Abend statt, an dem alle Lotsen sich austauschen können.

Ausschussvorsitzender Overländer bedankte sich abschließend bei Frau Kramer für den Bericht. Er sagte ihr zu, dass der Rat weiterhin nach Unterstützungsmöglichkeiten suchen werde und wünschte dem Projekt Gangway zukünftig noch viel Erfolg.

4 Erweiterungen zur Tagesordnung

Es lagen keine Erweiterungen zur Tagesordnung vor.

5 Bericht und Mitteilungen der Verwaltung

Erster Stadtbeigeordneter Mainz berichtete über die Anmeldungen zum Schuljahr 2013/2014 an den weiterführenden Schulen im Stadtgebiet:

Willy-Brandt-Gesamtschule:

Es liegen 123 Anmeldungen vor. Die voraussichtliche Klassenbildung wird 4 Eingangsklassen umfassen. Voraussichtlich müssen 7-8 Schüler abgelehnt werden wovon 4-5 Schüler aus Übach-Palenberg kommen.

Städtische Realschule:

Es liegen 55 Anmeldungen vor. Die voraussichtliche Klassenbildung wird 2 Eingangsklassen umfassen. Es müssen keine Schüler abgelehnt werden.

Carolus-Magnus-Gymnasium:

Es liegen 76 Anmeldungen vor. Die voraussichtliche Klassenbildung wird 3 Eingangsklassen umfassen. Es müssen keine Schüler abgelehnt werden.

Er wies darauf hin, dass sich aus den Anmeldezahlen keine schulorganisatorischen Maßnahmen ergeben würden.

Stadtverordnete Bartel fragte, was mit den abgelehnten Schülern der Willy-Brandt-Gesamtschule sei.

Schulleiter Ehmig antwortete, dass diese sich an einer anderen Schule anmelden müssten.

Schulleiter Heinrichs erklärte, dass einige von der Willy-Brandt-Gesamtschule abgelehnten Schüler/innen sich schon an der Realschule angemeldet hätten. Er wies auf eine Änderung für das Land NRW hin, nach der die Eltern die weiterführende Schule für ihr Kind auswählen dürfen und die Empfehlung des Grundschulzeugnisses für eine Schulform kein Ausschlusskriterium bei der Anmeldung sein darf. Dies habe dazu geführt, dass bei der Anmeldung an der Realschule viele beratende Gespräche geführt worden wären und auch Schüler/innen mit Hauptschulempfehlung oder Ablehnung von der Gesamtschule nun an der Realschule angemeldet worden seien.

Stadtverordnete Bartel stellte die Anfrage der SPD-Fraktion an die Verwaltung. Sie fragte, ob es neue Erkenntnisse zum Kindergarten in Marienberg geben würde. Es seien mehrere Optionen im Gespräch gewesen, unter anderem auch die Umsiedelung. Desweiteren wies sie darauf hin, dass das Außengelände des Kindergartens nicht nutzbar wäre, was sehr bedauerlich sei.

Erster Stadtbeigeordneter Mainz antwortete, dass am 21.03.2013 der Jugendhilfeausschuss des Kreises Heinsberg tagen würde und der Marienberger Kindergarten dort auch behandelt werde. Entscheidende Punkte für die weitere Entwicklung seien die Gruppenstärke des Kindergartens und die Genehmigung des Kreises. Er berichtete, dass der Kinderanteil im Stadtteil Marienberg leider zurückgegangen sei und man daher seitens der Stadt auch sehr bemüht sei den Marienberger Kindergarten zu unterstützen, um Marienberg wieder interessanter für Familien zu machen. Er persönlich hoffe, dass die notwendige Gruppenstärke erreicht werde.

Stadtverordnete Piez fragte, ob beim Erreichen der notwendigen Gruppenstärke ein neuer Kindergarten gebaut werde oder der alte umgebaut werde. Sie verdeutlichte, dass trotz allem der Außenbereich nicht nutzbar sei. Es scheitere am Baumschnitt, dass die Kinder keine Außenspielfläche hätten. Man müsse doch irgendwie die Mittel zur Verfügung stellen können, damit die Kinder im Frühling auch draußen spielen können. Desweiteren wies sie auf weitere renovierungsbedürftige Teile des Kindergartens hin, wie die Sporthalle, die dazu führen würden,

dass nicht das komplette Angebot durchgeführt werden könnte. Die Eltern würden volle Beiträge für einen Kindergarten zahlen, der nicht komplett genutzt werden kann.

Erster Stadtbeigeordneter Mainz erklärte, dass ein Neubau oder der Umbau des alten Kindergartens wenn erst 2014/2015 realisiert werden könnte. Die Stadt werde sich dem Problem des fehlenden Baumschnitts annehmen.

Sachkundiger Bürger Wörthmann berichtete, dass sich eine Privatinitiative aus 10 Leuten gegründet hätte, der unter anderem auch eine Gartenbauerin angehöre. Diese Initiative wolle kostenlos den Baumschnitt im Kindergarten Marienberg vollziehen. Man benötige jedoch eine Genehmigung des Försters, da der Baumschnitt ab Ende Februar verboten sei.

Stadtverordnete Weinhold stellte die Anfrage der UWG-Fraktion. Sie berichtete, dass sie erfahren habe, dass die Caritas ab dem Herbst nicht mehr die Grünpflege in Übach-Palenberg durchführen würde. Momentan würden die AWO und die Caritas die Grünflächen in Übach-Palenberg pflegen. Sie bat um Stellungnahme der Verwaltung.

Bürgermeister Jungnitsch berichtete, dass er schon Gespräche mit dem Geschäftsführer der Caritas geführt habe. Er bedauerte, dass er die von Frau Weinhold genannte Information aus der Zeitung erfahren habe. Er erklärte, dass man ihm für das Jahr 2013 noch die Pflege zugesichert habe. Durch den Stärkungspakt sei das Budget für die Pflege von Grünflächen von 200.000 € auf 100.000 € gekürzt worden. Statt drei großer Aktionen pro Jahr müsse man daher auf zwei pro Jahr reduzieren und dies mit nur noch einem Anbieter bewältigen. Das entstehende Loch müsse durch den Bauhof im Rahmen seiner Kapazitäten aufgefangen werden. Um die Nachhaltigkeit der Pflege sicher zu stellen, werde man zukünftig nur noch die AWO mit der Pflege der Grünflächen beauftragen.

Ausschussvorsitzender Overländer schloss um 17.56 Uhr die öffentliche Sitzung.

Overländer
Ausschussvorsitzender

Gündling
Schriftführerin